

# Auch Landesregierung sieht Zielkonflikt

**UMWELT** Antwort auf SPD-Anfrage zur Situation der Teichwirtschaft Ahlhorn

**LANDKREIS/AHLHORN/LD** – Die Sorge um die ökologische Situation im Bereich der Teichwirtschaft Ahlhorn veranlasste die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer zu einer Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung.

Im Zielkonflikt zwischen dem rechtlichen Schutzanspruch der Ahlhorner Fischteiche als Naturschutz- und als FFH Gebiet und den durch Düngung, Beregnung und Pflanzenschutzmaßnahmen der Landwirtschaft ausgelösten Einwirkungen auf die ökologische Situation der Teichanlage hatte es unterschiedli-

che Bewertungen der Landkreise Oldenburg und Cloppenburg über notwendige Schutzmaßnahmen gegeben.

In ihrer Anfrage sahen die beiden SPD-Politiker insbesondere das Land als Eigentümer der Teichwirtschaft in der Verantwortung. Es könne nicht sein, dass dann, wenn zwei Landkreise zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, im Zweifel eine Entscheidung gegen den Naturschutz fällt. Geuter und Brammer wollten in ihrer Anfrage wissen, ob und mit welchen Mitteln die Landesregierung der Bedrohung der Teichwirtschaft Ahlhorn durch eine die

massive Nährstoffbelastung der Oberen Lethe und durch die Wasserentnahmen des OOWV entgegenwirken will.

In ihrer Antwort sieht die Landesregierung ebenfalls, dass sich ein Zielkonflikt entwickelte: Wasserhaltung für die Teichwirtschaft einerseits sowie Kultivierung (Entwässerung) der Kleinmoore und Feuchtwiesen am Oberlauf der Lethe für die landwirtschaftlichen Flächen des damaligen Staatsgutes Lethe andererseits. Situationsverschärfend seien die ab 1975 bedarfsbedingt stark steigende Trinkwasserförderung im dortigen Grundwasserein-

zugsgebiet durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gewesen. Von den Niedersächsischen Landesforsten (NLF) als Eigentümerin allein sei dieser Zielkonflikt um die extensive Teichwirtschaft nicht zu lösen; vielmehr sei zu versuchen, mit allen Beteiligten eine freiwillige einvernehmliche Lösung herbeizuführen, so die Landesregierung.

Kommentar von Geuter und Brammer dazu: „Obwohl die Landesregierung unsere Problemeinschätzung teilt, ist sie anscheinend hilflos bei der Lösung dieser ökologischen Probleme.“